FDP Rödermark

GIBT ES EINEN WEG AUS DER SCHULDENKRISE?

24.02.2014

GIBT ES EINEN WEG AUS DER SCHULDENKRISE? - VON DR. RÜDIGER WERNER

(Vorbemerkung: dieser Blog ist in der Zeit vom 25. Januar bis zum 12. Februar 2014 entstanden. Mit der Veröffentlichung haben wir aus politischen Gründen bis nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.2.2014 gewartet, an der der beschriebene Haushalt für 2014 verabschiedet wurde.)

Im Februar 2013 ist Rödermark unter den kommunalen Schutzschirm geschlüpft, mit dem Land Hessen wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Rödermark verpflichtet, bis zum Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Gegenzug hat das Land 12,5 Mill. € von unseren Schulden übernommen. Teil des Vertrages ist ein Eckwertebeschluss, der relativ konkret die Maßnahmen aufzeigt, wie der Abbau des jährlichen Defizits realistisch vonstatten gehen soll. Die Maßnahmen sind zwar nicht verbindlich, die jährlichen Schritte auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt, d.h. der Abbaupfad, dagegen schon. Soweit die Ausgangslage.
2013 haben wir die vereinbarte Reduzierung des Defizits zum weitaus überwiegenden Teil durch Einnahmeerhöhungen geschafft: Erhöhung der Grundsteuer, der Hundesteuer, der Spielautomatensteuer, der Kindergarten- und Hortgebühren sowie Steigerungen bei der Gewerbesteuer. Die Reduzierung der Ausgaben spielte nur eine untergeordnete Rolle. 2014 sollte die Defizitverbesserung vor allem durch Ausgabenkürzungen zustande kommen. Wie aus meiner Sicht nicht anders zu erwarten, wird dies nicht gelingen. Um sage und schreibe 2,3 Millionen € sollte das Ziel laut erstem Entwurf verfehlt werden. Im offiziellen Entwurf sind daraus nun 1,7 Mill. € geworden, hervorgerufen zum Großteil durch Mehrausgaben in der Abteilung Kinder. 3 Monate später wird über einen Haushalt abgestimmt, der das Abbauziel erreicht. Glückliche Fügung oder harte Arbeit des

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Kämmerers?
Dieser Blog soll ein wenig Aufklärung darüber bringen, warum Rödermark ein strukturelles Defizit aufweist, warum das Defizitabbauziel eigentlich deutlich verfehlt wurde und Stellung zu der Frage nehmen: Kann Rödermark aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle kommen?
Ich möchte mich schon jetzt dafür entschuldigen, dass es mir wieder nicht gelungen ist, dieses schwierige Thema auf 2 Seiten zu beleuchten.

Vorwegfazit

Ich möchte die Antworten kurz vorwegnehmen. Rödermark weist ein strukturelles Defizit auf, weil man in der Vergangenheit Fehler gemacht hat, sich zu teure Objekte geleistet hat, die hohe laufende Kosten verursachen, weil man in Sachen Kinderbetreuung immer vorne weg marschieren wollte und so – auch im Vergleich mit anderen Kommunen – hier sehr hohe Pro-Kopf-Kosten aufgehäuft hat und weil man lange Zeit nicht auf eine gesunde Gewerbeentwicklung geachtet hat. Das Defizitabbauziel für 2014 wurde auf dem Papier anfangs verfehlt, weil sich viele der geplanten Maßnahmen und Konsolidierungssummen als Luftnummern erwiesen, nicht einmal die Hälfte der geplanten Ausgabenkürzungen umgesetzt werden sollen oder können und weil man stattdessen neue permanente Ausgabenposten geschaffen hat, insbesondere in der Kinderbetreuung. Rödermark kann aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle kommen, wenn die äußeren Umstände weiterhin so günstig bleiben wie für 2014 prognostiziert. Und auch nur dann, wenn man wirklich harte Einschnitte vornimmt, die Aufgaben der Kommune reduziert, das Wort Effizientsteigerung mit Leben füllt und keine neuen Ausgabenposten schafft. Vieles, was Rödermark bisher ausmacht, wird es dann nicht mehr geben, Spaß macht das niemanden. Der Weg der Koalition und des Bürgermeisters wird nicht dazu führen, dass wir irgendwann ohne neue Schulden auskommen werden. Von einem Abbau der bis 2018 angefallenen 80 Mill. € Schulden ganz zu schweigen!
Auf den folgenden Seiten lesen Sie, wie ich zu diesen Einschätzungen komme.

Wo steht Rödermark?

Ich möchte mit einer Standortbestimmung anfangen. Hier geht es um eine grobe Einschätzung, nicht um genaue Zahlen. Die Stadt Rödermark hat zwischen 50 und 60 Mill. € Schulden, das sind etwa 2.100 € pro Einwohner. Durch die Schuldenübernahme durch das Land stieg die Eigenkapitalquote wieder auf über 60 %, d.h. wenn Rödermark

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

40 % seiner Straßen, Gebäude, Kanäle, Schilder, Computer, Bäume etc. verkaufen würde, wäre die Stadt schuldenfrei. Damit stehen wir in Hessen im Mittelfeld, bei vielen Kommunen deckt das Eigenkapital die Verbindlichkeiten schon lange nicht mehr, in der freien Wirtschaft wären sie schlichtweg pleite. Mit unseren 2.100 € pro Einwohner stehen wir noch ganz gut da. Das sind zwar mehr als die rund 1.900 € im Bundesdurchschnitt, aber weniger als der Hessendurchschnitt von 3.400 €. Alles im grünen Bereich also?
Definitiv nein! Denn zum einen sind Schulden nie gut und zum anderen ist die Tendenz fatal. 2013 haben die Einnahmen aller deutschen Kommunen deren Ausgaben überstiegen, d.h. im Bundesschnitt hat sich die Schuldenlast der Kommunen verringert. In Hessen dagegen ist sie gestiegen. Die Schulden aller Kommunen in Deutschland haben zwischen 2008 und 2013 um 20 % zugenommen, die Schulden der hessischen Kommunen sind im gleichen Zeitraum um 70 % gestiegen! In Rödermark sind es sogar deutlich über 100 %. Damit gehört Rödermark hessenweit zu den 20 % der Kommunen mit der schlechtesten Tendenz, deutschlandweit gehören wir sogar zu den schlechtesten 5 %! Also kein grüner Bereich, sondern ganz klar im roten Bereich.

Strukturelles Defizit – warum?
Strukturelles Defizit heißt, dass für die Erfüllung aller kommunalen Pflichtausgaben mehr ausgegeben werden muss, als Einnahmen generiert werden können. Generiert werden können heißt wiederum, dass man bei den Stellschrauben für die Einnahmen schon am oberen Ende angelangt ist. Dies ist – so wird von den Verantwortlichen immer wieder betont, in Rödermark der Fall.

- Die Einnahmenseite
Wie so ein strukturelles Defizit entstehen kann – dazu muss man sich die Hauptposten bei Einnahmen und Ausgaben anschauen. Die Einnahmen einer Kommune setzen sich zusammen aus der Grundsteuer B (hier kann die Kommune über den Hebesatz Einfluss nehmen), aus den Kommunalanteilen der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer (lässt sich von einer Kommune nur minimal über die Ausweisung von Baugebieten beeinflussen), aus der Gewerbesteuer (das ist die bedeutendste flexible Größe, die man über Gewerbeflächenpolitik, Wirtschaftsförderung und Hebesatz steuern kann) sowie zu einem kleineren Teil aus Bagatellsteuern, Gebühren und Beiträgen sowie Landeszuweisungen. Der größte steuerbare Posten hierbei sind die Gebühren für die Betreuungsleistungen im Bereich Kinder.

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Wie ich im separaten Blog zur Gewerbesteuer aufzeige, führt das heutige System der Gewerbesteuer zu großen Unterschieden in der Leistungskraft einer Kommune. Die ärmeren Kommunen müssen also daran interessiert sein, ihre Gewerbesteuereinnahmen zu steigern. Nun hat eine Kommune keinen direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Situation ihrer Gewerbebetriebe. Ob die Gewerbesteuereinnahmen steigen, hängt also zum größten Teil von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vom Glück ab, die richtigen Unternehmen vor Ort zu haben. Aber durch eine gute Wirtschaftsförderung kann eine Stadt die lokalen Rahmenbedingungen so verbessern, dass sie zumindest indirekt doch Einfluss nehmen kann. Direkt beeinflussen kann eine Kommune die Art und die Anzahl von Gewerbesteuerzahlern durch eine kluge Flächenpolitik. Sie kann Interessenten Flächen zur Verfügung stellen und – wenn die Flächen begrenzt sind – diese bevorzugt an Unternehmen veräußern, die möglichst große Umsätze mit möglichst vielen Mitarbeitern auf kleiner Fläche erwirtschaften. Diese letztgenannten Punkte sind in Rödermark sicherlich verbesserungswürdig. Wir haben leider mit die niedrigsten Gewerbesteuereinnahmen pro Fläche, die vorhandenen Gewerbeflächen werden unter diesem Aspekt nicht optimal genutzt. Hier sind in der Vergangenheit sicher Fehler gemacht worden.
Beim Hebesatz der Grundsteuer B liegen wir nach der Erhöhung im oberen Mittelfeld. Die Grundsteuer B ist eine wichtige, da äußerst verlässliche und gut kalkulierbare Einnahme, aber von der Größenordnung her deutlich geringer als die anderen Einnahmequellen. Das gilt auch für die Gebühren. Auch wenn diese in Teilbereichen über Jahre zu niedrig waren und sind, erklären sie nicht das strukturelle Defizit.

- Die Ausgabenseite

Um das zu erklären, muss man sich die Ausgabenseite genauer anschauen. Bei den Ausgaben an 2. und 3. Stelle stehen die Kreisumlage und die Schulumlage. Beide lassen sich nur indirekt oder gar nicht beeinflussen. Beide steigen kontinuierlich, da der Kreis ebenfalls völlig überschuldet ist, u.a. die Sozialhilfekosten stemmen muss.
An erster Stelle der Ausgaben steht die Kinderbetreuung, deren Kosten in den letzten Jahren immer um mehr als 10 % jährlich gestiegen sind. Nun könnte man sagen, hier erfüllt Rödermark nur seine Pflichtaufgabe, diese Kosten können wir nicht steuern. Ich bin nicht ganz dieser Auffassung, wie ich später noch erläutern werde. Nach meiner Meinung liegt in Rödermark sogar eine gewisse Überfüllung des Solls vor, was zum strukturellen Defizit beiträgt.

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Die Bauverwaltung in Rödermark, zu der auch der Bereich Verkehrswege, Grünflächen und Umwelt gehört, ist in meinen Augen eher unterfinanziert. Rödermark leistet sich vergleichsweise wenig öffentliche Grünflächen, die Straßensanierung hinkt den Anforderungen hinterher. Dieser Bereich trägt definitiv nicht zum strukturellen Defizit bei. Bleiben als weitere mögliche Ursachen dieses Defizits ein zu hoher Personalbestand in der Kernverwaltung bedingt durch eine in meinen Augen zu geringe Effizienz in vielen Bereichen. Hier sind unsere Hauptamtlichen naturgemäß völlig anderer Meinung. Und natürlich zu hohe Kosten in den Bereichen Brandschutz, Kultur- und Sportförderung sowie Jugendarbeit.

- Ursachenforschung

Wieso ist das so? Nun muss man wissen, dass es Rödermark finanziell nicht immer so schlecht ging. In den 90er Jahren waren die Haushalte meist ausgeglichen, man hatte mit Jado und vor allem Telenorma zwei potente Gewerbesteuerzahler, die Einnahmen galten als sicher, man hatte Gestaltungsspielräume. Wenn das Geld da ist, ist die Neigung zu Sparsamkeit und zu mehr Effizienz geringer, man gönnt sich den einen oder anderen Mitarbeiter mehr als zwingend notwendig wäre, man baut freiwillige Leistungen auf. Nun haben wir seit 20 Jahren Bürgermeister, die ihren persönlichen Schwerpunkt eher im kulturellen Bereich haben, die keine Fachmänner in Volkswirtschaft sind und waren. Da entscheidet man sich schon mal, als Ersatz für die marode Mehrzweckhalle einen Kulturtempel hinzustellen, der zwar toll ist, aber Rödermark in finanzieller Hinsicht überfordert. Man freut sich, Stützpunktfeuerwehr zu sein und blendet die damit verbundenen hohen Kosten aus. Man lässt sich von externen Gutachtern ein Konzept für ein umgebautes Badehaus aufschwätzen, was voller Schwächen und unrealistischer Zahlen ist. Alles Dinge, die die Fixausgaben auf Jahre hinaus bestimmen. Wenn dann aber die wichtigsten Gewerbesteuerzahler wegbrechen, eine wirtschaftliche Schwächeperiode hinzukommt und zudem sich mit der Kinderbetreuung der wichtigste Ausgabenblock in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt, übersteigen die Ausgaben die Einnahmen schnell mal um 10 Millionen €, ist das so genannte strukturelle Defizit da.

Es ist sicherlich nicht ganz unrichtig, dass Standards nicht in Rödermark festgelegt werden, den Kommunen zusätzliche Pflichtaufgaben aufgebürdet wurden, die von den Auftraggebern nur unzureichend finanziert werden, dass sich an der heutigen Situation kurzfristig nichts ändern lässt, aber man muss auch feststellen, dass die Finanzmisere

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

zum großen Teil hausgemacht ist, dass man Jahrzehnte über seinen Verhältnissen gelebt hat und jetzt die Ratenzahlungen nicht mehr begleichen kann.
Diese jetzt ersichtlichen Fehler der Vergangenheit lassen sich nur schwer wieder korrigieren, was Lösungsansätze für die aktuelle Misere so schwer erkennbar macht. Aber man muss die Ursachen erkennen, sich dieser Fehler bewusst werden, sonst macht sich Resignation breit, man ergibt sich seinem Schicksal und versucht gar nicht mehr gegenzusteuern. Diese Tendenz ist bei den Hauptamtlichen und der Koalition eindeutig erkennbar, was ich im nächsten Kapitel darlegen möchte.

Warum hat Rödermark das Defizitabbauziel so deutlich verfehlt?

- Unrealistischer Maßnahmenkatalog

Ein Grund liegt sicherlich in der relativ knappen Zeit, in der der Eckwertebeschluss vorliegen musste. Die Mühlen der Verwaltungsbürokratie mahlen langsam. Wenn ich den damaligen Kämmerer richtig verstanden habe, wurden den Fachbereichen Einsparvorgaben gemacht, die diese dann auf dem Papier konkretisieren mussten. Am Ende stand ein Papier, dass auf dem ersten Blick machbar erschien und so auch verabschiedet wurde. In der Fragerunde zum vorgeschlagenen Abbaupfad machte ich auf viele Schwachstellen aufmerksam, die aber alle abgebügelt wurden. „In der Kürze der Zeit lässt sich das nicht genauer kalkulieren“, „es gibt immer Spielraum im Haushalt, so dass Umschichtungsmöglichkeiten vorhanden sind, wenn eine konkrete Maßnahme nicht umgesetzt werden kann“, „entscheidend sind nicht die einzelnen Maßnahmen, sondern nur die vereinbarte Reduzierung des Defizits“. Das waren die oft wiederholten Worte. Für mich bleibt am Ende hängen, dass die Maßnahmen nur Platzhalter waren für den Wunsch – den ich niemanden abstreiten möchte – weniger Geld auszugeben. Dennoch war mein persönliches Fazit bei der Verabschiedung dieses Eckwertepapiers im Frühjahr 2013, dass bei der Berechnung der Effekte der einzelnen Maßnahmen viel Dilettantismus am Werk war, vieles viel zu optimistisch dargestellt wurde, Zahlen jeglicher Grundlage entbehrten etc.
Prägnante Beispiele gefällig? – Die Ausgaben für den Stadtbus wurden im Maßnahmenkatalog auf 0 gesetzt, 8 Monate später war klar, dass es diese Nulllösung nicht geben kann und man für den Schülertransport mit Kosten von rund 110.000 € jährlich rechnen muss. Bei den Einnahmen stehen wiederkehrende Straßenbeiträge mit 400.000 €. Schwer zu erreichen, wenn laut Schuldenbremse gerade einmal 300.000 € im Jahr für grundhafte Straßensanierung veranschlagt werden, von denen maximal 75 % auf

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

die Bürger umgelegt werden können. 40.000 € Mehreinnahmen für Dienstleistungen der Feuerwehren waren eingeplant, weil man ja die Einsatzgebühren seit Jahren nicht mehr angepasst hätte. Nun sagt die Feuerwehr das Gegenteil, wir liegen mit den Gebührensätzen schon weit oben, Mehreinnahmen sind hier maximal 10.000 € zu erzielen. Ja hat den vorher keiner bei denen nachgefragt? Sehr überraschend kam auch der Neubau der U3-Betreuung in der Odenwaldstraße (Planung ab 2011, Baubeginn Ende 2012). Für mich war klar, dass ab dem Bezug 2014 die Zuschüsse an die Freien Träger um mehrere 100.000 € jährlich steigen müssen. Suchen Sie diesen Posten mal bei den Kalkulationen für den Rettungsschirm … Diese Liste ließe sich lange fortsetzen.
Mit allgemeiner Ausgabendisziplin und Effizienzsteigerungen hätte das Defizitziel für 2014 meiner Meinung nach dennoch erreicht werden können, ohne auf die jetzt angewendete Finanzakrobatik zurückgreifen zu müssen.

- Aufbau weiterer großer Ausgabenblöcke statt zusätzliche Einsparungen
Laut Bürgermeister Kern sind 90 % der Mehrausgaben im Bereich Kinder entstanden. Kinderbetreuung ist politisch betrachtet eine heilige Kuh. Hier wagt sich keiner, Kürzungen vorzunehmen. Das Thema ist so umfangreich, dass ich hierzu demnächst mal einen eigenen Blog schreiben musste. Das geht so weit, dass man gleich nach einem neuen Kindergarten schreit, wenn auch nur ein Kind auf der Warteliste steht. Trotz aller Bundesmittel, Zuschüsse von Bund, Land und Kreis muss man wissen: Die Kommunen zahlen rund 2/3 der Baukosten und über 70 % der laufenden Kosten für ihre Kinderbetreuungseinrichtungen. Mehr Kinderbetreuung fordern kommt gut an, aber man muss sie auch bezahlen können. Rödermark kann es scheinbar. So wurden 2013 insgesamt 40 Halbtags- oder 2/3-Plätze in Ganztagsplätze umgewandelt. Der Wunsch der Eltern nach Ganztagsplätzen nimmt zwar stetig zu, dennoch ist diese Umwandlung eine freiwillige Maßnahme der Stadt, die im Eckwertepapier nicht vorgesehen war und wohl deutlich über 50.000 € jährlich kostet.
Mit dem neuen Kinderförderungsgesetz (kurz KiföG) hat das Land Hessen die Zuschüsse zum Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen um rund 1/3 erhöht. Die höchsten Mehreinnahmen erzielen allerdings die Kommunen, die die bisherige Mindestverordnung bzgl. Gruppengrößen und Betreuungspersonal noch nicht umgesetzt hatten. Rödermark war hier schon immer Vorreiter, hat sich an den Empfehlungen der Experten orientiert, hat dafür bisher schon Zuschüsse enthalten und muss nun feststellen, dass insbesondere 2014 das KiföG nicht wie erhofft Mehreinnahmen mit sich bringt, sondern zu

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Mehrausgaben führt. Aber man ist ja nicht lernfähig. Nun sind wieder Gruppengrößen bei der U3-Betreuung von 12 möglich (bei entsprechender Personalaufstockung), also plant man mal ein, das auch sofort so zu übernehmen. Und da die Förderschule in Urberach vom Kreis geschlossen wird, hat man schon angefragt, ob man diese eventuell zu einem weiteren Kindergarten umbauen kann. Ach, und natürlich diskutiert man zurzeit darüber, die Gehälter aller Erzieherinnen um 2 Gehaltsstufen zu erhöhen, freiwillig wohlgemerkt, um auf dem härter werdenden Markt auch in Zukunft mit ausreichend Fachpersonal versorgt zu sein. Jährliche Mehrkosten aller Maßnahmen zusammen – geschätzt 600-800.000 € jährlich!! Und natürlich auch davon keine Zeile im Eckpunktepapier zum Rettungsschirm.

Den Satz „das wäre schön und wichtig, aber leider können wir das nicht finanzieren“ habe ich von den Verantwortlichen noch nie gehört. All das zeigt: man hat den Ernst der Lage noch immer nicht im vollem Umfang erkannt!

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

- Mangelnde Sparbereitschaft bei den politisch Verantwortlichen

Ein Tenor bei den Konsolidierungsgesprächen war: wir verzichten auf betriebsbedingte Kündigungen, haben aber erkannt, dass der Weg aus der Schuldenfalle nur über die Reduzierung der Personalkosten geht. Daher wurde vereinbart, frei werdende Stellennicht wieder zu besetzen (Ausnahme Erziehungsbereich). Wo das nicht geht (Leitungsfunktionen), muss zum Ausgleich eine andere Stelle mit niedrigerer Besoldung abgebaut werden. Heute heißt es dazu vom Kämmerer nur noch: Stellen, die durch Verrentung frei werden. In der Praxis wird wieder einmal anders gehandelt. Man bekommt den Eindruck, jeder Mitarbeiter ist unverzichtbar, über Wiederbesetzungungssperren wird sich seit Jahren einfach hinweggesetzt, selbst befristete Verträge (wie bei der Integrationsbeauftragten) werden langfristig verlängert und sollen nach Möglichkeit sogar aufgestockt werden.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass keiner gerne sparen will, besonders beim Personal. Die Fachbereichsleiter müssen dafür sorgen, dass ihr Fachbereich seine Aufgaben erledigt und versuchen natürlich, sich bei der Ressourcenverteilung so teuerwie möglich zu verkaufen. Wenn sie aber merken, dass beim Kämmerer undBürgermeister Jammern hilft, dass von Seiten der Hauptamtlichen der Spardruck auf siegemildert wird, auf Hilfe von außen gewartet wird, anstatt standhaft zu sein und sichselbst aus dem Sumpf zu ziehen, dann werden die ambitionierten Einsparvorgaben nieerreicht werden, dann ist der Eckwertebeschluss das Papier nicht wert, auf dem er steht.

- Fazit

Ich habe die Probleme des Haushaltes 2014 hier nur sehr vereinfacht dargestellt. Die Finanzströme sind in Wirklichkeit deutlich komplexer, die Ursachen vielfältiger. Aber mir geht es hier auch gar nicht um die kleinen Details, die den ohnehin schon enormen Umfang dieses Blogs definitiv sprengen würden, mir geht es um die Hauptprinzipien des Versagens. Und die lassen sich wie folgt zusammenfassen: Massive Fehlplanungen bei der Erstellung des Abbaupfades, unnötiger weiterer Aufbau von Kosten statt zusätzliche Einsparungen, zu wenig ausgeprägter Sparwillen an der Verwaltungsspitze, die mehr auf den weißen Ritter hoffen, als selbst zu handeln.

Kann Rödermark aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle kommen?

Ich möchte mit meiner persönlichen Einschätzung bzgl. dieser Frage beginnen. Die Antwort lautet: ja! Aber der Preis dafür wäre so hoch, dass kein politisch Verantwortlicher

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

ihn bezahlen möchte. Wahrscheinlich selbst ich nicht. Daher würde meine Antwort auf die Frage „wird Rödermark die Ziele des Abbaupfades erreichen und ab 2018 ausgeglichene Haushalte vorlegen?“ lauten: Nein!

- Der Weg des Bürgermeisters

Für Bürgermeister Kern sind grundsätzlich erst einmal die anderen schuld, die Rahmenbedingungen sind nun mal so, wir erfüllen nur unsere Pflichten und die kosten Geld. Bei der Konsolidierung darauf zu bauen, dass sich die Rahmenbedingungen ändern, ist ein einfacher Weg, der aber in eine Sackgasse führt.

Fast die Hälfte seiner Rede zur Haushaltseinbringung befasste sich mit einem Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs vom 21. Mai 2013, das eine Neuordnung des Hessischen Finanzausgleichs zugunsten der Kommunen fordert. Was erwartet unser Bürgermeister? Dass ab 2016 das Land unser Defizit ausgleicht – egal wie hoch es ist? Wenn man Rödermark als Maßstab nimmt und von einem jährlichem Defizit von 250 €/Person ausgeht (was weniger ist als das von 2014), müsste Hessen mehr als 1,5 Mrd. € im Jahr aufbringen. Nun weiß aber jeder, dass auch das Bundesland hochverschuldet ist, jedes Jahr über 1 Mrd. € neue Schulden macht und ab 2020 durch Verfassungsbeschluss ohne Neuverschuldung auskommen muss. Es ist utopisch anzunehmen, ab 2016 sei die Welt wieder in Ordnung. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass das Land mehr als maximal 300-500 Mill. € mehr in den Finanzausgleich pumpen wird. Eher wird es weniger. Selbst wenn Rödermark überproportional an dieser Summe partizipieren sollte, jede Erwartung über 2 Mill. € zusätzlich gehört nach meiner Meinung ins Reich der Märchen. Es wird kein Weißer Ritter kommen. Im jetzt zur Verabschiedung anstehenden Haushalt sind für die Jahre 2015-2017 mittlerweile jeweils über 1 Mill. € höhere Zuweisungen des Landes eingeplant, weil man sonst die Defizitziele nicht mehr erreichen kann. Sehr gewagt. Da bisher nicht mal 1 Euro aus dieser Quelle gesichert ist, muss sich Rödermark meiner Meinung nach irgendwie selbst aus dem Sumpf ziehen. Mögliche erhöhte Landeszuweisungen ab 2016 als Argument zu nutzen, den Abbaupfad zu verlassen – frei nach dem Motto: weiter so wie bisher – ist verantwortungslos und finanzpolitisches Harakiri.

Nach den Gesprächen mit Land ist den Verantwortlichen klar, dass Rödermark den vereinbarten Abbaupfad nicht verlassen darf. Der Kämmerer musste nachbessern, das geplante Defizit für 2014 musste noch einmal um 1,7 Mill. €. niedriger werden. Das hat der Magistrat geschafft. Schulden zwischen Oktober und Februar um 2,3 Millionen Euro

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

gesenkt! Hört sich gut an. Tolle Arbeit der Verantwortlichen? Keineswegs! Denn schauen wir doch einmal, wie man zur Punktlandung gekommen ist: Da wird der Ansatz der Zinszahlungen für die Kassenkredite gesenkt, da wird der Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen um einige 100.000 € erhöht, da werden die Zusatzanmeldungen im Fachbereich 6 (Straßenerhalt, Grün- und Landschaftspflege) in zum Teil wieder gestrichen (halte ich für nicht gut, komme ich gleich noch zu) und eine Stelle, die kurzfristig vakant wurde, wird nicht mehr besetzt. Da wird der Ansatz für die Personalkostensteigerung durch den kommenden Tarifvertrag auf 2 % reduziert, was über 200.000 € bringt. Da werden Absichtserklärungen der neuen Landesregierung bzgl. Übernahme von Kosten der Schulkindbetreuung mit einem Plus von 273.000 € bei den Einnahmen hineingerechnet, da wird nochmals von einem höheren Einkommensteueranteil in sechsstelliger Höhe ausgegangen, höhere Schlüsselzuweisungen und höherer Familienleistungsausgleich sollen weitere hohe Mehreinnahmen bescheren. Eine weitere Stelle fällt weg durch einen vorgezogenen Ruhestand. Und als einem die Ideen ausgingen, hat man sich mal schnell mit einer Sonderauszahlung von 450.000 € aus den Rücklagen der Berufsakademie beholfen. 2,3 Millionen € Ergebnisverbesserung sind in Wirklichkeit die Reduzierung der Finanzpuffer auf ein Minimum, nach oben korrigierte Annahmen bei den Einnahmen, insbesondere bei den Landeszuschüssen (die keinesfalls alle gesichert sind) und Entnahmen aus den Rücklagen. Wirkliche Einsparungen bzw. Ausgabekürzungen? Rund 150.000 €: ein bisschen Infrastrukturpflege und 2 Stellen!

Im ganzen Haushaltsansatz ist aus meiner Sicht keine Position gestrichen worden, die wirklich ein wenig weh tut. Besonders bei den Themen, die beide Hauptamtliche als ihr Steckenpferd ansehen (Kunst, Kultur, Kinder, Soziales) wird nicht gekürzt, sondern tendenziell eher ausgebaut. Es werden zwar nicht mehr alle Wünsche erfüllt, vieles ist aufgrund der Sparzwänge nicht mehr möglich, dennoch ist mein persönliches Fazit: Konsequente Kostenkontrolle sieht anders aus, der Spardruck hat die Verwaltung noch nicht überall erreicht, vor allem wird es von der Verwaltungsspitze nicht so vorgelebt, wie es sein könnte. Ein komplettes Umdenken konnte ich nicht feststellen. Das Potenzial, durch Änderungen und Verbesserungen in der Organisation die Effizienz und Produktivität der Verwaltung zu steigern, wird überhaupt nicht angetastet. Rund 90 % der Ergebnisverbesserungen der letzten beiden Jahre (2013 + 2014) wurden durch höhere Aufwendungen der Bürger (Grundsteuer, Steuern, Gebühren), durch günstige äußere

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Umstände (niedrige Zinsen, steigende Gewerbesteuereinnahmen) und durch höhere externe Zuschüsse oder Kostenübernahmen erzielt. Die tatsächlichen Ausgabenkürzungen/Einsparungen in der Verwaltungstätigkeit liegen nach meinen groben Berechnungen nur bei rund 10 %. Da geht noch viel mehr! Doch ehrlich gesagt erwarte ich bei der momentanen Hauptamtlichen Spitze hier keine Besserungen.

Mein Weg oder: wie man auch vorgehen könnte

Das Ziel ist klar: nur noch so viel Geld ausgeben, wie man auch einnimmt!

Der Weg dorthin geht nur mit viel Konsequenz. Die Leitsätze möchte ich im Folgenden darlegen. Vieles davon habe ich auch schon in meinem Blogs "Rödermarks Haushalt – keine Aussicht auf Rettung?“ vom 16.10.2011 und "Die Haushaltsanträge der FDP" vom 16.4.2012 detailliert dargelegt, die ich dem interessierten Leser empfehlen kann.

Erste Prämisse: keine neuen fortlaufenden Kosten aufbauen!

Dies verbietet zum einen das Einstellen von neuem Personal. Eine Planstelle in der Verwaltung entspricht grob 50.000 € jährliche Kosten. Damit verbunden ist ganz klar auch der Stopp des Ausbaus der Kinderbetreuung. Auch wenn es weh tut und unseren bisherigen Standortvorteil im Laufe der Zeit auffressen könnte: in der momentanen Lage kann es sich Rödermark nicht leisten, die Zahl der Ganztagsplätze weiter auszubauen (nach dem großen Zubau 2013 stehen auch 2014 im Haushaltsentwurf wieder 70.000 € Mehrkosten für die Aufstockung der Ganztagsplätze in der Kita Taubhaus nach den dort notwendigen Sanierungsmaßnahmen). Der Bedarf mag da sein, mit steigendem Angebot erhöht man aber auch den Bedarf. Ein No-Go ist auch die Idee, neben der Odenwaldstraße, die wohl bezugsfertig ist, weitere neue U3-Betreuungseinrichtungen zu bauen. Die U3-Betreuung ist die teuerste Art der Betreuung, jeder Platz kostet die Stadt jährlich rund 15.000 € an Subventionen. Ich halte einen weiteren Zubau zurzeit für unnötig und würde stattdessen die monatlichen Eltern-Gebühren von 250 € auf 400 € anheben (es gibt mehrere Bespielgemeinden mit Gebühren in dieser Höhe). Details dazu finden Sie im Blog zur Familienpolitik. Stattdessen wurden vorsorglich Gelder für den Bau einer weiteren Betreuungseinrichtung eingestellt, bevorzugt in den Räumlichkeiten der Helene-Lange-Schule in Urberach (Liebigstraße), die vom Kreis im Sommer geschlossen wird.

Das neue Kinderförderungsgesetz bietet die Möglichkeit, die Gruppengrößen in bestehenden Einrichtungen und so die Zahl der Betreuungsplätze zu erhöhen. Da hiermit die Einstellung von neuem Personal verbunden ist, muss auch dies zurzeit abgelehnt

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

werden. Und schon gar nicht würde ich – völlig freiwillig – sämtliche Erzieherinnen 2 Gehaltsstufen höher eingruppieren, wie von Stadtrat Rotter vorgeschlagen und jetzt von der Koalition für 2015 beantragt. Dies wäre eine Premiere: eine Stadt erhöht ohne den Druck von Gewerkschaften, ohne Streiks oder innere Proteste das Gehalt von über 100 Mitarbeitern, nur um ihnen einen Anreiz zu geben, ihre Tätigkeit weiterhin in Rödermark auszuüben. Das ist in der jetzigen Lage so absurd, dass ich auch hierzu einen Extrablog geschrieben habe.
Auch der Stadtbus nach SPD-Vorstellungen wäre so ein Posten, hohe fortlaufende Kosten auszubauen. Geht nicht!

Zweite Prämisse: keine Kürzungen zum langfristigen Schaden der Stadt! Sich wirtschaftliche rechnende Investitionen müssen durchgeführt werden!
Ich gebe zu, ich gehöre zu den Leuten, die eher bereit sind, in Infrastruktur zu investieren als in Köpfe. Aber darum bin ich ja auch in der FDP und nicht z.B. bei den Linken. Investitionen in die Infrastruktur kommen im Prinzip allen Bürgern zu Gute, während Investitionen in Köpfe meist nur einem kleinen Personenkreis direkt betreffen. Investitionen in die Infrastruktur fördern die Möglichkeit der Bürger, sich selbst etwas aufzubauen, während Investitionen in Köpfe in der Regel die Eigenverantwortung der Bürger reduzieren.
Unter diese Prämisse fällt folgendes: wenn ich die Wahl habe, heute für eine präventive Sanierung 50.000 € auszugeben oder in 10 Jahren unweigerlich 500.000 € für eine grundhafte Sanierung, dann entscheide ich mich für die präventive Sanierung. Dies betrifft vor allem die Instandhaltung der Gemeindestraßen, der städtischen Gebäude sowie die Kanal- und Grabenpflege. Wenn ich heute 20.000 € investieren muss, um in den nächsten 10 Jahren 30.000 € weniger Ausgaben zu haben, dann investiere ich. Dies gilt besonders für energetische Sanierungen, Änderungen im Fuhrpark, beim Thema Kreisel statt Ampeln. Manchmal ist die Wirtschaftlichkeit einer Maßnahme auch nicht so eindeutig zu quantifizieren. Dennoch sagt mein gesunder Menschenverstand, dass sich z.B. Investitionen in den Breitbandausbau, in die Internetpräsenz der Stadt, in das E-Government (die Möglichkeit, viele Anträge, Formulare, Behördengänge etc. über das Internet auszufüllen bzw. abzuwickeln), in Programme zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung (von neuer Software bis zur externen Beratung) mittel- bis langfristig auch wirtschaftlich rechnen. Deshalb würde ich hier investieren. Da oftmals erst Investitionen getätigt werden müssen, um ein Einsparpotenzial zu aktivieren, bin ich auch kein Freund

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

der Schuldenbremse nach Rödermärker Art. Das Verbot einer Nettoneuverschuldung deckelt nur die Investitionen, hat aber keine Auswirkungen auf das Defizit im Verwaltungshaushalt. 2014 wird diese selbstauferlegte Kasteiung erstmals aufgeweicht, worüber ich nicht unglücklich bin.
Die Konsequenz aus dieser Prämisse kann durchaus sein, mehr Geld auszugeben als bisher eingestellt. Straßen, Wege, Kanäle und Abwassergräben sind ein wichtiger Teil des Eigenkapitals der Stadt. Hier muss zumindest so viel Geld zur Verfügung stehen, dass durch unterlassene Instandhaltung das Eigenkapital der Stadt nicht massiv verringert wird. Zumindest in der Straßenunterhaltung geschieht dies bereits seit Jahren und soll jetzt noch einmal beschleunigt werden. Das findet nicht meine Unterstützung.

Dritte Prämisse: Notfalls Angebote zurückschrauben!
Viele Ursachen für das heutige Ausmaß der Rödermärker Schuldenkrise liegen in der Vergangenheit und sind heute nur noch bedingt zu beheben. Das Problem ist, dass die Regierenden – egal welcher politischer Couleur – den Bürgern etwas bieten wollen. Ein kulturelles Angebot wie in einer Großstadt wäre doch schick. Natürlich braucht jede Kommune ihre eigene Badeanstalt. Büchereien, Sportanlagen, Bürgerhäuser – das gehört doch alles zur Grundausstattung und ist heute unverzichtbar. Meine Meinung dazu: diese Art von Infrastruktur muss man sich auch leisten können. Was wäre so schlimm daran, wenn sich wesentliche Kultur- und Sportangebote auf die Städte konzentrieren, die sie sich aufgrund ihrer Gewerbesteuereinnahmen auch leisten können? Was ist an einer sogenannten „reinen Schlafstadt“ denn so verkehrt? Ruhige Wohngegend mit viel Natur drumherum, gute Schulen und Betreuungseinrichtungen, gut gepflegte Straßen und Wege – besitzt das nicht auch eine Attraktivität? Wer näher an der Kultur sein will, muss dann halt nach Frankfurt, Neu-Isenburg oder Darmstadt ziehen – mit all den Nachteilen wie mehr Verkehr, höhere Mieten, weniger Ruhe und Natur. Wenn man ins Museum, in den Zoo oder auf ein Konzert gehen will, fährt man doch schon heute in die Oberzentren. Wäre es wirklich so schlimm, auch für das Theater oder zum Schwimmen dorthin zu fahren? Die meisten Menschen sind doch mobil!
Aber nein, Rödermark wollte auch Mittelzentrum sein. Hätte man statt der Kulturhalle damals eine kleinere Multifunktionshalle gebaut – wir hätten jedes Jahr eine Millionen € weniger Ausgaben und 20 Mill. € weniger Defizit. Ist jetzt leider nicht mehr zu beheben, die Kulturhalle steht und es wäre unsinnig, das Gebäude nicht zu nutzen.
Anders sieht die Sache beim Badehaus aus. Hier liegt der Fehler nicht in der prinzipiellen

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Entscheidung, das marode Hallenbad durch einen moderneren Bau zu ersetzen, der Fehler lag darin, sich auf fragwürdige Gutachten und Wirtschaftspläne zu verlassen, diese nicht mit gesundem Menschenverstand zu hinterfragen und diverse Nebenverträge (Baufirmen, Blockheizkraftwerk) zu unterzeichnen, die sich zum Nachteil der Stadt herausgestellt haben. Hätten sich die Prognosen von 2004 bewahrheitet – keiner würde heute das Badehaus in Frage stellen. Mit 200.000, 300.000 oder gar 400.000 € jährlichem Defizit könnte die Stadt gut leben, da könnte man sagen: das ist es uns wert. Aber jedes Jahr über eine Millionen € Defizit ist einfach zu viel. Und es wird nicht besser. Nach einer leichten Verbesserung auf rund 950.000 € 2012 waren es 2013 wieder 1,05 Millionen € Minus. Für 2014 sind 1.06 Millionen € Defizit prognostiziert. Auch wenn ich es wirklich nicht möchte, die Schwimmvereine eine wichtige kulturelle wie sportliche Rolle in der Stadt spielen und der Schulschwimmsport Probleme hätte – diese Zahlen lassen nur die Schlussfolgerung zu, das Badehaus komplett zu schließen. Wenn eine 2-Millionen-€-Investition dazu führen würde, das jährliche Defizit belastbar auf unter 400.000 € zu drücken und dafür das Badehaus für Schul- und Breitensport zu erhalten, würde ich dem auch noch zustimmen. Aber danach sieht es nicht aus.
Büchereien sind immer defizitär. Hier ist die Höhe des Betriebsdefizits aber noch im Rahmen (die Gebäudekosten würden auch bei einer Schließung anfallen, denn verkaufen lassen sich die Räumlichkeiten meines Erachtens nach nicht). Ähnliches gilt für Kelterscheune und Bürgerhaus Waldacker, wobei man hier durchaus daran arbeiten sollte, die Nutzungsintensität zu optimieren und damit das Defizit zu reduzieren.
Das städtische Angebot im Jugend- und Sozialbereich ist in meinen Augen in Rödermark überdurchschnittlich. Auch in der allgemeinen Verwaltung und in der Betreuung der städtischen Gremien gibt es einiges, was sich zurückschrauben ließe, um die laufenden Kosten zu senken.

4. Prämisse: die Standards müssen runter!
Dies ist ein Punkt, den die Stadt nicht direkt beeinflussen kann. Man kann die Erkenntnisse nur an die Parteienvertreter in Land und Bund weitergeben und darauf Einfluss nehmen, dass sich hier etwas verändert.
Um was geht es überhaupt? Politiker haben das Bedürfnis ihr Dasein damit zu rechtfertigen, dass sie etwas ändern, etwas „verbessern“. Es herrscht außerdem ein Drang zur Normung, zur Standardisierung. Bei jeder Änderung wird die Norm verschärft, die Grenzwerte herabgesetzt, die Standards erhöht. Oder können Sie sich an einen Fall

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

erinnern, in der dies anders herum war?
Eine Erhöhung der verpflichtenden Standards muss sich eine Gesellschaft erst einmal leisten können und ich habe seit Jahren das Gefühl, dass Deutschland und Europa hier die Schraube überdrehen.
Klar ist eine Schulklasse mit 20 Kindern angenehmer als mit 30, aber sind wir nicht alle in größeren Klassen gut groß geworden? Klar ist eine Kita-Gruppe mit 18 Kindern und 2 Erzieherinnen leichter zu betreuen, aber mir hat meine Gruppe mit 25 Kindern und einer Betreuerin (+ meist eine Praktikantin für 3 Gruppen) auch nicht geschadet. Nein, ich möchte das Rad nicht in die 70er-Jahre zurückdrehen, aber es wäre auch keine Katastrophe für die Gesellschaft, wenn die Standards von 1998 heute noch gelten würden. Ich schätze, Ausgaben in der Größenordnung von bis zu 500.000 € würden dann erst gar nicht anfallen.
Fast ebenso teuer sind die Folgen der überzogenen Brandschutzstandards, die besonders bei öffentlichen Bauten auftreten. Nach meiner Meinung gehören Brände zum allgemeinen Lebensrisiko. Wenn man mit Standards, die die Gesellschaft z.B. 100 Mill. € jährlich Mehrkosten abverlangen, Schadensereignisse in der gleichen Größenordnung verhindern kann, ist das vernünftig und nachvollziehbar. Wenn man aber 2 Mrd. € zusätzliche Kosten verursacht, um 50 Mill. € an Brandschäden zu verhindern, ist die Verhältnismäßigkeit verloren gegangen und die Standards überhöht. Feuertreppe am Hort Ober-Roden, teuerste Materialien beim Neubau von Kindertageseinrichtungen, Millionen Mehrausgaben für den Brandschutz in der Halle Urberach – Brandschutzstandards sind für die öffentliche Hand ein großer Kostenträger. Nicht das ich falsch verstanden werde – ich bin nicht für die Abschaffung von Brandschutzstandards. Ich bin nur der Auffassung, dass das letzte Prozent an mehr Sicherheit bestimmt 30 % der Mehrkosten verursacht und damit unverhältnismäßig ist.
Ein dritter Punkt mit überzogenen Standards betrifft den Lärmschutz. Auch das behindert die Entwicklung der Kommunen und kann im Einzelfall Millionen kosten. Ganz früher bauten die Menschen ihre Häuser direkt an die Straße, später dann trennte ein Vorgarten Haus und Straße und heute ist es eine 5 m hohe, hässliche, flächenfressende Lärmschutzwand! Was sollen diese überzogenen Bauauflagen? Wer braucht an der Frankfurter Straße (Karnweg) oder an der Mainzer Straße (Altes Gaswerk) wirklich eine Lärmschutzwand? Wer die neue Umgehungsstraße Offenthal befahren hat, fragt sich unwillkürlich: müssen für eine 12 m breite Straße wirklich 60 m Landschaft verbraucht und

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

zerstört werden, nur damit man die Straße vom Ort aus nicht mehr sieht? Wäre nicht eine dichte Hecke Lärmschutz genug?

5. Prämisse: Innovationen nutzen, Effizienz steigern
Die heutige multimediale Welt bietet vielfältige Möglichkeiten, die die Arbeit erleichtern können und Prozesse vereinfachen können. Leider hinken viele Behörden diesen Möglichkeiten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinterher. Rödermark gehört hier dazu. Anstatt einen Nummernziehautomat zu installieren, sollte man das Internetangebot so ausbauen, dass Antragsteller schon vieles von zuhause aus erledigen können. Zusammen mit der Möglichkeit von elektronischen Terminvergaben kann so nicht nur der Kundenservice erhöht werden, sondern es sind Effizienzsteigerungen ohne Mehrbelastungen für die städtischen Mitarbeiter möglich. Mittelfristig ist der städtische Haushalt deutlich entlastbar. Das Potenzial solcher Effizienzsteigerungen – ob in der allgemeinen Verwaltung, in der Betreuung städtischer Gremien, im Bürgerbüro – liegt meines Erachtens im hohen sechsstelligen Bereich jährlich. Konkrete Vorschläge dazu hat die FDP in den vergangenen Jahren schon viele gemacht, beschossen oder gar umgesetzt wurden noch keine.

6. Prämisse: Eigenverantwortung stärken, Ehrenamt fördern
Aufgrund der prekären Finanzausstattung müssen immer mehr eigentlich kommunale Aufgaben ehrenamtlich von den Bürgern selbst übernommen werden. Rödermark ist hier auf einem vergleichsweise guten Weg, es haben sich mehrere Quartiersgruppen gebildet, die Ideen haben, bereit sind, sich aktiv einzubringen und Projekte umzusetzen. Die Leitbildpaten sind eine andere Gruppe ehrenamtlich engagierter Bürger.
Die FDP setzt seit jeher auf mehr Eigenverantwortung der Bürger und weniger Bevormundung durch den Staat. Daher unterstützen wir alle Schritte, die die Eigenverantwortung der Bürger stärken. Ob Vereinswesen, Gemarkungsputz, Quartiersgruppen, Ehrenamtsbüro – an dieser Stütze der Gesellschaft darf nicht gespart werden. Wenn es sein muss, muss hier sogar mehr Geld in die Hand genommen werden, denn am Ende rechnet es sich immer für die Kommune. Ehrenamtliche Arbeit hilft der Kommune Kosten zu sparen, fördert das Gemeinwesen und stärkt die Eigenverantwortung der Bürger.
In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf 3 Punkte eingehen.
– Kürzung der Vereinsförderung

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Im Konsolidierungspaket ist die sukzessive Kürzung der direkten Vereinsförderung bis fast zur kompletten Streichung vorgesehen. Vereinsförderung ist eine freiwillige Leistung und daher rechtlich leicht zu streichen. Aber macht dies auch Sinn? Hier bin ich ausnahmsweise einmal auf der Seite des Magistrates. Ja, man kann die Förderrichtlinien überarbeiten, man kann die Kinder- und Jugendarbeiten in den Vereinen noch stärker hervorheben und vielen Vereinen wäre es auch zuzumuten, ihre Beiträge um 4 € im Jahr anzuheben, um den Verlust des Förderbetrages auszugleichen. D.h. man kann die Förderung optimieren und somit 50.000, 80.000 oder vielleicht sogar 100.000 € weniger im Jahr ausgeben. Aber die vorgesehene Kürzung bis 2018 würde zu sehr an die Substanz gehen. Vor allem die indirekte Förderung – z.B. bezahlbare Mieten für Räume und Sporthallen – muss in vollem Umfang erhalten bleiben, sonst würden die indirekten Folgekosten dieser Kürzungen für die Gesellschaft die Einsparungen bei weitem übertreffen.

– Unterstützung ehrenamtlich Tätiger

Die Stadt hat kein Geld für Infrastrukturprojekte, für Grünpflege, für Stadtverschönerung etc. Wenn sich dann Einzelpersonen oder Bürgergruppen bereit erklären, hier mit der eigenen Tatkraft einzuspringen oder sogar mit dem eigenen Portmonee, dann sollte die Stadt hier auch wirklich unterstützen und nicht nur von Unterstützung reden.

Es kann nicht sein, dass es engagierten Bürgern von der Stadt untersagt wird, auf eigene Kosten z.B. verwitterte Fahrbahnmarkierungen mit den verlangten Normfarben nachzuziehen, Straßenschilder zu reinigen oder Schlaglöcher zu stopfen. Man sieht einen Missstand, hat – im Gegensatz zur Stadt – die Zeit und die Mittel, diesen zu beheben und darf nicht, weil es eine hoheitliche Aufgabe der Stadt ist. Es erinnert mich an Schilda, diesen Bürgern auch noch mit einer Anzeige zu drohen, weil sie einen Missstand beheben wollen, wozu die Stadt anscheinend nicht in der Lage ist, obwohl es ihre Aufgabe wäre.

Es kann nicht sein, dass bei Gesprächen mit Bürgergruppen, ob aus Vereinen, Quartiersgruppen oder bei Bürgersprechstunden, von Seiten der Verwaltung immer nur Versprechungen gemacht werden und diese dann nicht gehalten werden. Für die Verwaltung mag die Klärung eines Sachverhalts in 2 Monaten schnell sein, für engagierte Bürger, die etwas umsetzen wollen, ist das viel zu lange, ist demotivierend, sorgt bei vielen mit der Zeit für die Einstellung des ehrenamtlichen Engagements. Handeln statt reden! Wenn ich als Vorsitzender des NABU Rödermark, der durch die Übernahme von Projekten in der Landschaftspflege der Stadt viele Kosten einspart, aufschreiben würde,

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

was uns schon alles versprochen, aber bisher nicht umgesetzt wurde, würde eine sehr lange Liste zustande kommen.
In meinen Augen muss die Stadt alles unternehmen, ihre engagierten ehrenamtlichen Bürger (von denen es immer noch zu wenige gibt) bei Laune zu halten und das Potenzial, was darin steckt, gerade auch im Zuge der Haushaltskonsolidierung, nach Möglichkeit voll auszuschöpfen. Daher sollte die Verwaltung nur das versprechen, was sie auch halten kann – und das dann auch kurzfristig umsetzen. Jeder Einzelfall eines enttäuschten ehrenamtlich engagierten ist einer zu viel. Hier gibt es Verbesserungspotenzial.
– Bürger motivieren sich ehrenamtlich zu engagieren
Zu sagen, wir unterstützen unsere Bürger bei ihrem ehrenamtlichen Engagement, ist das eine. Diese Bürger erst einmal zu finden, ist das andere. Es wird für viele Vereine immer schwieriger Personen zu finden, die ehrenamtliche Aufgaben übernehmen, die sich bei Vorstandswahlen zur Wahl stellen. Oftmals ist es so, dass jeder, der bei einer Mitgliederversammlung anwesend ist, auch ein Amt übernimmt oder fortführt. Viele Vereine und Organisationen haben mittlerweile massive Probleme, Vorstandsposten überhaupt zu besetzen. Darunter finden sich die meisten Fördervereine, aber auch Vereine wie die Kinder- und Jugendfarm, der NABU sowie kleinere Parteien wie die FDP. Die wenigen verbliebenen ehrenamtlich Aktiven in diesen Vereinen können die Vereinsaufgaben kaum noch bewältigen, resignieren nach und nach und gehen mit ihrem Potenzial der Gesellschaft verloren. Wenn diese Vereine wegfallen, muss in vielen Fällen wieder der Staat in Form der Kommune die Aufgaben übernehmen, was immer mit viel höheren Kosten verbunden ist. Mehrere Hundert Eltern nutzen z.B. das Betreuungsangebot des Fördervereins an der Trinkbornschule, sind aber nicht bereit, sich für den Verein zu engagieren. Wenn sich in 15 Monaten keine neuen Aktiven finden, wird sich der Verein Kinder- und Jugendfarm, der in den vergangenen Jahren so viel aufgebaut und Engagement gezeigt hat, wohl auflösen. Und ob wir als FDP auch in 5 Jahren noch in Rödermark vor Ort sind, wird davon abhängen, ob sich in den kommenden Jahren Menschen finden, die bereit sind, sich hier aktiv einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.
Ich habe keine Patentlösung für dieses Problems. Aber es ist ein elementares Problem unserer sich wandelnder Gesellschaft. Das vielgerühmte deutsche Vereinswesen ist keinesfalls für alle Zeiten festgemeißelt, nein, wir alle müssen aktiv daran arbeiten, dass

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

es erhalten bleibt und seine heutige Bedeutung erhalten kann.

Fazit

Man erkennt sicherlich bei der Lektüre dieses Blogs, dass die Materie komplex ist, dass es kein einfaches richtiges und falsches Handeln gibt. Wenn man mit den vorhandenen Einnahmen auskommen will, zumindest keine neuen Schulden mehr machen will (von der Rückzahlung der bisherigen will ich gar nicht erst reden), kommt man um wirklich harte Einschnitte nicht herum. Damit kann man politisch nichts gewinnen. Es ist daher verständlich, dass sich die handelnden Politiker so lange es irgendwie geht, um solche Einschnitte drücken – nach dem Motto „es muss doch irgendwie anders gehen!“.

Bürgermeister Roland Kern und seine Verwaltung haben 2014 wirklich Glück. Glück, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig sind, die Steuerschätzungen auch für Rödermark angehoben wurden, dass eine neue Landesregierung Versprechungen gemacht hat, deren Einberechnung in den Haushalt 2014 von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde. Glück, dass der erste Entwurf wie in Rödermark Usus konservativ gerechnet wurde, d.h. einige Puffer enthielt, die man reduzieren konnte. Somit konnte der erste Entwurf innerhalb von nur 3 Monaten um 2,3 Mill. € verbessert werden, der mit dem Land vereinbarte Abbaupfad kann laut Kämmerer 2014 eingehalten werden. Alles in Butter also?

Nein, denn diese Reduzierung ist nicht nachhaltig, ist ohne eigenes Zutun gekommen, hat mit wirklicher Konsolidierung nichts zu tun. Und sie enthält jede Menge Risiken: Steigt die Gewerbesteuer wirklich so stark? Kommt die Entlastung bei der Schulkindbetreuung durch das Land wirklich schon 2014 in dieser Höhe? Reichen die eingepreisten 2 % Lohnerhöhung der städtischen Angestellten aus (Ver.di fordert aktuell 100 € Sockelbetrag + 3,5 %, was in den niedrigen Lohnklassen bis zu 7% mehr bedeutet)? Bleiben die Zinsen so niedrig?

Schon für 2015 würden die jetzt angewendeten Berechnungstricks nicht mehr ausreichen, das Defizit wird aus heutiger Sicht um eine Million € höher liegen als vereinbart. Das kommt davon, wenn von den Anfang 2013 vorgestellten Maßnahmen zur Ausgabensenkung nur rund die Hälfte auch tatsächlich umgesetzt wurden und gleichzeitig weitere kontinuierliche Ausgabenposten zusätzlich beschlossen wurden. Kern und Sturm haben bei der Verabschiedung des Rettungsschirmpakets versprochen: 2013 muss der Bürger in Vorleistung treten, aber ab 2014 wird die Verwaltung nachlegen, die Ausgabenseite wird über 80 % der Konsolidierung tragen. Dieses Versprechen hat der

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329

Bürgermeister gebrochen, das Ziel wurde klar verfehlt. Auch 2014 wird der Bürger die Hauptlast der Konsolidierung tragen. Das war so nicht vereinbart und kann nicht meine/unsere Zustimmung finden!

Nicht dass man mich falsch versteht: ich hoffe wirklich, dass der Weg des Bürgermeisters Erfolg hat, dass Rödermark um die großen Einschnitte herum kommt, dass die Stadt weiterhin ihre Aufgaben erfüllen und ihr Angebot aufrecht erhalten kann. Aber innerlich glaube ich nicht daran. Ich würde einen anderen Weg gehen, der wie beschrieben schmerzhafter wäre, mir aber langfristig erfolgversprechender erscheint.
Nein, die Hauptamtlichen sind nicht völlig sparunwillig, sie bemühen sich schon auf ihre Weise. Aber es wird nicht genug sein. Ich sehe es auch als Aufgabe der Opposition an, sie immer wieder

Dr. Rüdiger Werner
Rödermark, im Februar 2014

Abgerufen am 31.10.2026 unter https://fdp-roedermark.de/?p=329